



Presseinformation

Nr. 398 / 2012

Kiel, Freitag, 19. Oktober 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Soziales / Gutachten Kindeswohlgefährdung

Anita Klahn: Sozialausschuss muss sich mit dem Gutachten befassen

Zur Veröffentlichung des Gutachtens zur Kindeswohlgefährdung in Bad Segeberg erklärt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Ich kann nicht gerade sagen, dass ich nach allem, was bisher aus dem Gutachten vom Kinderschutz-Experten Reinhart Wolff über die Medien bekannt wurde, euphorisch über die inhaltlichen Aussagen und die Klärung des Sachverhaltes bin. Es ist deshalb gut, dass sich der Sozialausschuss des Landtages mit dem Gutachten zur Arbeit des Jugendamts Segeberg noch einmal ausführlich befassen will. Ein Einblick in das Schriftwerk ist dringend nötig, denn immer noch sind Fragen offen, auf deren Beantwortung ich größten Wert lege.

Wenn der Gutachter beispielsweise feststellt, dass die Personalausstattung des betroffenen Jugendamts ungenügend ist, muss die Frage erlaubt sein, warum die Landrätin diesem Zustand nicht abgeholfen hat und ob es nicht doch eben genau daran lag, dass dieser Fall der Kindeswohlgefährdung überhaupt eintreten konnte. Und wenn der Gutachter feststellt, dass das Personal für einen solch schweren Fall ungenügend geschult war und deshalb nun zusätzlich weitergebildet werden soll, begrüße ich das grundsätzlich. Ich frage aber auch, warum die Leitung des Jugendamtes dieses nicht erkannt hat und Abhilfe geschaffen hat und ob die mangelnde Erfahrung der Mitarbeiter nicht der Grund dafür gewesen sein könnte, dass der Vorfall eskaliert ist. Auch möchte ich eine Antwort darauf erhalten, warum der Gutachter den vorgesehenen aber fehlenden monatlichen Besuchskontakt zwischen Familie und Jugendamt nicht bewertet.

Wir alle müssen an einem verbesserten Kinderschutz arbeiten. Das kann nur in einem geregelten parlamentarischen Verfahren funktionieren und nicht in außerparlamentarischen Gesprächsrunden.“